

TOPMELDUNG

INDUSTRIE

ZEV im Basler Hafen geplant

Basel (energate) - Die Energieversorgerin IWB und das Start-up Sympheny haben ein Energiekonzept für die Basler Rheinhäfen erstellt. Durch den Zusammenschluss zum Eigenverbrauch (ZEV) soll das Areal vom Stromverbraucher zum -erzeuger werden. Mit der Optimierung der Energieversorgung liessen sich die Energiekosten für die Akteure an den Rheinhäfen um 20 bis 25 Prozent reduzieren, teilten die beiden Unternehmen mit. Weitere Angaben zum Verbrauch oder zu den Kosten machten die Projektverantwortlichen aus Wettbewerbsgründen nicht, wie IWB auf Anfrage von energate schrieb.

Stattdessen verweisen die Unternehmen auf eine Analyse der IWB für die Schweizerischen Rheinhäfen und die dort ansässigen Unternehmen Rhenus Alpina und Ultra-Brag. "Die Analyse hat deutlich gezeigt, dass ein Zusammenschluss zum Eigenverbrauch die optimale Lösung für das Basler Hafengebiet darstellt", heisst es in der Mitteilung. Durch die Vernetzung lasse sich der Eigenverbrauch an selbst produziertem Solarstrom erhöhen, was zu niedrigeren Netzkosten führe. Aktuell beschäftige sich ein Planer mit den Details für einen ZEV, teilte IWB gegenüber energate mit. "Danach wird die Terminierung der Umsetzung möglich sein."

Blick auf Entwicklung der Energiemärkte

Die untersuchten Szenarien umfassten laut Mitteilung die Maximierung der Eigenproduktion, die Vernetzung von Gebäuden zur lokalen Verbrauchsmaximierung und den Einsatz von Batteriespeichern. Zur Bewertung der Optionen diene demnach ein digitaler Zwilling auf der Grundlage einer Softwarelösung von Sympheny. Ein Augenmerk richtete sich den Angaben zufolge auf die Entwicklung der Energiemärkte, genauer auf die Auswirkungen verschiedener Preissituationen.

Weitere Faktoren waren die nötigen Investitionen, CO₂-Emissionen, Kosten für den Netzbezug sowie Erlöse aus der Stromerzeugung aus eigenen PV-Anlagen. "Wir haben belastbare Modelle entwickelt und aufgezeigt, welche tragfähigen Szenarien sich in der Zukunft ergeben", so Bernd Weinmann, Senior Strategie Entwickler bei der IWB. "Damit ist das Konsortium

INHALTSVERZEICHNIS

★ TOPMELDUNG

ZEV im Basler Hafen geplant	1
-----------------------------	---

🇨🇭 SCHWEIZ

Swisspower-Kommunikationschef wechselt zur BKW	2
BKW kürt Partnerfirmen für Smart-Meter-Rollout	2
WWZ senkt Gaspreise	2

🇩🇪 DEUTSCHLAND

Energieeffizienzgesetz im Kreuzfeuer	3
"H2Global" ermöglicht Markt für grünen Wasserstoff	3
Pilotprojekt zu freier Anbieterwahl im Ladenetz gestartet	5
Amprion, Tennet und 50 Hertz rücken enger zusammen	5

🇪🇺 EUROPA

Renault macht Ernst bei Vehicle-2-Grid	6
Iberdrola: Milliardeninvestition in Europas Energiewende	7
Opal Gastransport will keine Ausnahme vom regulierten Netzzugang mehr	7
Gasunie und Iberdrola vereinbaren Wasserstoffkorridor	8

in der Lage, objektivierte strategische Entscheidungen für die zukünftige Entwicklung des Hafengebiets zu treffen."

Dritte PV-Anlage angekündigt

Die Planung für das Hafengebiet sei komplex gewesen, da es die zahlreichen elektrischen Verbraucher wie Kräne und Gebäude zu berücksichtigen galt. Laut Sympheny-CEO Andre Bollinger war unter anderem die stündliche Auflösung der Daten entscheidend, da sie dem Zusammenspiel zwischen PV-Produktion und Speicherung Rechnung trage. Diese Aufgaben gingen über traditionelle Planungswerkzeuge hinaus.

Im Basler Hafen bestehen bereits zwei PV-Anlagen. Nun bauten die Schweizerischen Rheinhäfen eine dritte, kündigte Rhenus-Alpina-CEO Andreas Stöckli an. Das System kommt auf dem Dach des Terminals 4 zu stehen und soll jährlich rund 2,4 Mio. kWh Strom erzeugen. "Unser Ziel ist es, im Hafen mehr Strom zu produzieren, als wir selbst verbrauchen", so Stöckli. Aufgrund der PV-Systeme sei klar gewesen, dass es ein Gesamtkonzept für das Hafengebiet brauche. Dieses sei ein Bekenntnis zu Förderung einer nachhaltigen Infrastruktur in der Region Basel und leiste einen Beitrag für den effizienten und klimafreundlichen Güterumschlag. /yb

SCHWEIZ

PERSONALIE

Swisspower-Kommunikationschef wechselt zur BKW

Zürich/Bern (energate) - Der derzeitige Swisspower-Kommunikationschef Philipp Mäder wechselt per 1. Oktober zur BKW. Beim Berner Energiekonzern wird Mäder als Head Media Relations, Newsroom & Group Topics arbeiten. Mäder bestätigte auf Anfrage dahingehende Informationen von energate. Er wird damit Nachfolger von René Lenzin. Der heutige Head News, Media und Public Affairs bei der BKW will sich beruflich ausserhalb der Energiebranche weiterentwickeln.

Bei der Stadtwerkeallianz Swisspower ist Mäder seit Anfang 2022 als Leiter Public Affairs & Kommunikation sowie Mitglied der Geschäftsleitung tätig. Mäder trat Swisspower im Februar 2021 als Leiter Public Affairs bei. Zuvor war er während vieler Jahre als Politik- und Wirtschaftsjournalist in verschiedenen Führungspositionen tätig. /mg

DIGITALISIERUNG

BKW kürt Partnerfirmen für Smart-Meter-Rollout

Bern (energate) - Die BKW hat entschieden, mit welchen Firmen sie den gesetzlich vorgeschriebenen Smart-Meter-Rollout umsetzen will. Für die Umsetzung des neuen Messwesens wurden laut einer Mitteilung des Berner Energiekonzerns die Firmen Kamstrup und Ensor/Semax bestimmt. Für die Übermittlung der Daten ist Sunrise ausgewählt worden. Kamstrup ist ein dänischer Hersteller von Smart Metern und

Systemlösungen. Ensor/Semax ist ein Schweizer Hersteller von intelligenten Zählern. Laut Angaben der BKW beliefert Ensor/Semax den Berner Energiekonzern seit Jahren mit Smart Metern. Diese erfüllten insbesondere die hohen Anforderungen im Industriebereich, heisst es.

Mittels einer sicheren Cloud-Lösung schafft Kamstrup die notwendigen Voraussetzungen, damit die Daten korrekt verschlüsselt und erfasst werden. "Die beste Lösung, um die Energiedaten zu verarbeiten, bietet Hansen", so der Berner Energiekonzern. Hansen ist ein international tätiger Anbieter von Software und Dienstleistungen für die Energie-, Wasser- und Kommunikationsbranche.

BKW ersetzt über 400.000 Zähler

Die BKW startet den flächendeckenden Einbau der Smart Meter für ihre Kundinnen und Kunden im Jahr 2024. Insgesamt tauscht die BKW laut eigenen Angaben bis Ende 2028 über 400.000 Zähler aus. Die Umstellung auf das digitale Messwesen ist eine gesetzliche Vorgabe des Bundes und Teil der Energiestrategie 2050. Dank Visualisierung des Stromverbrauchs erhalten Kundinnen und Kunden von Energieversorgern die Möglichkeit, mehr über ihren Stromverbrauch zu erfahren und diesen zu optimieren. /mg

GASVERSORGUNG

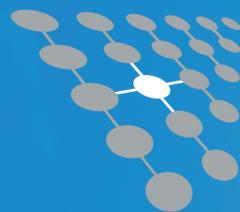
WWZ senkt Gaspreise

Zug (energate) - Der Zuger Versorger WWZ senkt die Gaspreise für Kundinnen und Kunden aller Segmente um 1,10 Rappen pro Kilowattstunde. Die Preisreduktion tritt am 1. Juli in Kraft, wie das Unternehmen mitteilte. Derzeit zahlen WWZ-Haushaltskunden 15,26 Rp./kWh exkl. MwSt. und wei-

6. - 7. Juli 2023
Zürich Marriott Hotel

Auszug der ReferentInnen

Jürg Grossen, Nationalrat und Präsident, GLP Schweiz | Dr. Jürgen Schneider, Sektionschef Sektion VI – Klima und Energie, BmK, Österreich | Dr. Jean-Philippe Kohl, Vizedirektor und Leiter Wirtschaftspolitik, Swissmem | Christian Pho Duc, CTO, Smartenergy | Dr. Till Schneiders, Vice President Technology & Quality, Swiss Steel Group | Noah Heynen, CEO, Helion | Dr. Jörg Wild, CEO, Energie 360° | Guy Bühler, Head Hydrogen, Axpo | Dr. Christian Schaffner, Executive Director, ESC, ETH Zürich | Dr. Sebastian Kemper, Geschäftsführer, Trading Hub Europe | Daniela Decurtins, Direktorin, VSG | Dr. Jörg Spicker, Senior Strategic Advisor, Swissgrid | Marc Steiner, Richter, BVG | ...



**INNOVATIONSFORUM
ENERGIE**

innovationsforum-energie.ch

Host Partner

SMARTENERGY

Partner

ENERGIE
ZUKUNFT
SCHWEIZ

esolva
we make energy easy

EWA
energieUri

Home Lab HSLU Hochschule

tere Abgaben für Gas mit einem Anteil von 10 Prozent Ökogas. Dies ist dem aktuell noch gültigen Preisblatt zu entnehmen. Der Versorger begründete die Preisreduktion mit einer Beruhigung der Lage am internationalen Gasmarkt. "Dafür sind vor allem die aktuellen Gasspeichersituation in Europa und eine sinkende Nachfrage verantwortlich", so WWZ. /mg

DEUTSCHLAND

STANDORTNACHTEILE

Energieeffizienzgesetz im Kreuzfeuer

Berlin (energate) - Wie viel Energieeffizienz verträgt die Industrie ohne Standortnachteile? Darüber tauschten sich Sachverständige bei einer Anhörung zum Entwurf des Energieeffizienzgesetzes im Bundestag aus. Der Entwurf sieht unter anderem vor, dass der Endenergieverbrauch in Deutschland bis 2030 um 26,5 Prozent im Vergleich zu 2008 auf 1.867 Mrd. kWh sinken muss, bis 2040 müssen es 39 und bis 2045 dann 45 Prozent sein. Leonard Burtscher vom Umweltinstitut München hält die anvisierten Minderungsziele für nicht ambitioniert genug. Der Entwurf sei in wesentlichen Aspekten durch "massiven Lobbydruck" aufgeweicht worden, sagte er in Berlin. So gebe es keine verpflichtenden Massnahmen mehr für die Industrie. Und ohne Pflicht scheitere die Energieeffizienzsteigerung.

Stattdessen müssen Unternehmen mit einem Jahresenergieverbrauch von mehr als 15 Mio. kWh etwa Energie- oder Umweltmanagementsysteme einführen und ihre geplanten Energieeffizienzmassnahmen veröffentlichen. Sebastian Bolay, Bereichsleiter Energie, Umwelt, Industrie der Deutschen Industrie- und Handelskammer (DIHK), gab zu bedenken, gesteigerte Effizienz führe nicht zwangsläufig zu mehr Wirtschaftswachstum. Das

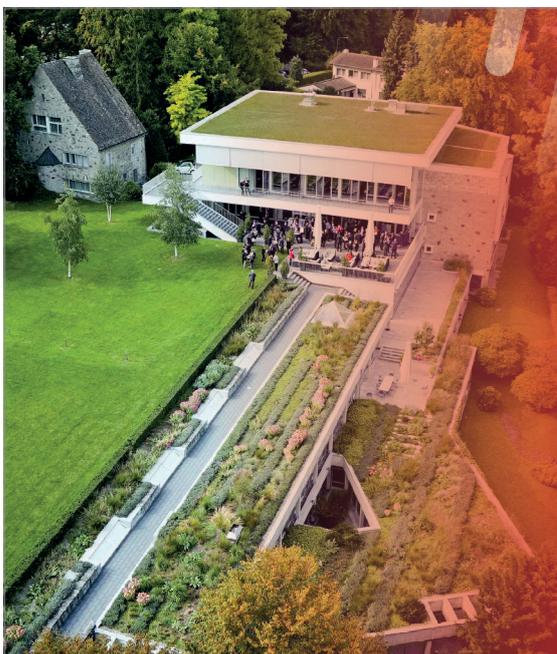
Endenergieeffizienzziel muss in seinen Augen in ein indikatives Ziel umgewandelt werden. Geplant ist auch eine Pflicht für neue Rechenzentren, wonach deren Abwärme genutzt werden soll. Günter Eggers, Vorsitzender des Arbeitskreises Rechenzentren beim Branchenverband Bitkom, bemängelte, dass dadurch neben dem hohen Strompreis in Deutschland ein weiterer Standortnachteil gegenüber anderen EU-Staaten entstehe. Standortfragen würden dadurch "substanziell beeinträchtigt werden". Die pauschale Verpflichtung, die Abwärme zu nutzen, sei ein Problem, weil entsprechende Wärmenetze nicht überall vorhanden seien. Zudem seien die im Gesetz vorgesehenen Berichtspflichten überzogen.

Tatjana Ruhl, Leiterin des Bereichs "Dekarbonisierung der Industrie" bei der Deutschen Unternehmensinitiative Energieeffizienz (Deneff), verteidigte das Energieeffizienzgesetz. Deutschland müsse Energie sparen, andernfalls könne die Wirtschaft nicht wachsen, sagte sie. Die Vertreter vom Verband der Chemischen Industrie, dem Bundesverband der Deutschen Industrie und der DIHK hielten dagegen, dass der Gesetzesentwurf keinen ausreichenden Schutz vor dem sogenannten Carbon-Leakage biete, also davor, dass Unternehmen ins Ausland abwandern, um Klimaschutzmassnahmen zu umgehen. Das Gesetz soll Ende Juni in die zweite und dritte Lesung sowie Anfang Juli in den Bundesrat gehen. /mh

FÖRDERINSTRUMENT

"H2Global" ermöglicht Markt für grünen Wasserstoff

Berlin (energate) - "H2Global" kann die Entwicklung eines Wasserstoffmarktes mit aussagefähigen Preissignalen ermöglichen. Warum das Instrument ein besonders wettbewerbs- und marktorientiertes Förderinstrument ist, hat H2Global gemeinsam mit der EEX, der Friedrich-Alexander-Universität



INNOVATIONSFORUM MOBILITY

innovationsforum-mobility.ch

28. und 30. Juni 2023

Gottlieb Duttweiler
Institute, Rüschlikon

HOST PARTNER



SMARTENERGY

LEAD PARTNER



Hitachi Energy

PARTNER



HONDA
Landis+Gyr
tiko
manage energy better

Erlangen-Nürnberg und der OTH Regensburg in einem Positionspapier festgehalten und in einem virtuellen Pressegespräch vorgestellt. "Eine der Lektionen aus der Entwicklung des Gasmarktes, vor allem im LNG-Markt, ist, dass unflexible Punkt-zu-Punkt-Verträge die Entwicklung eines Preissystems verhindert haben, das Produktionskosten und Zahlungsbereitschaft der Nachfrager widerspiegelt", erläuterte Professorin Veronika Grimm von der Friedrich-Alexander-Universität. Dies habe zu hohen Windfall-Profiten bei Unternehmen geführt. H2Global sei ein smarter Mechanismus, um solche Windfall-Profite zu verhindern und öffentliche Mittel effizient einzusetzen.

Die Stiftung H2Global wurde 2021 von der Bundesregierung gegründet und in einer ersten Runde mit 900 Mio. Euro ausgestattet. Die operative Gesellschaft der Stiftung "Hint.Co" kauft für zehn Jahre grüne Wasserstoffderivate (Ammoniak, Ethanol, nachhaltiges Flugbenzin) von Produzenten ausserhalb Europas. Der Einstieg über Derivate sei aufgrund der Nachfragesituation sinnvoll, sagte Professor Michael Sterner von der OTH. Den Zuschlag bekommen die Produzenten, die den niedrigsten Preis fordern. Derzeit läuft die erste Ausschreibungsrunde.

Vorteile kurzfristiger Abnahmeverträge

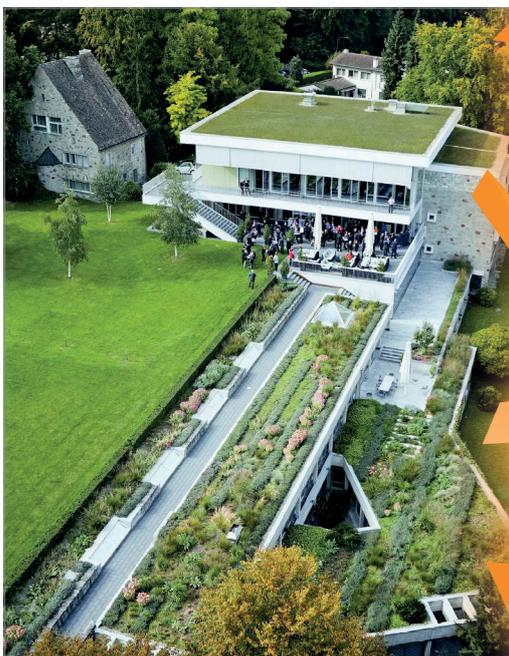
Auf der Nachfrageseite sollen Jahresverträge mit den Abnehmern abgeschlossen werden, die den höchsten Preis für die Produkte bezahlen. Im April hatte die Unternehmensberatung BET in einem Impulspapier für Eon Hydrogen eine deutliche Aufstockung der Fördermittel angeregt. Zudem sollen längerfristige Verträge auf der Abnahmeseite die Planungssicherheit erhöhen. Ohne direkt auf die BET-Vorschläge einzugehen, betonte Timo Bollerhey, der Hintco-Geschäftsführer, den Vorteil der kurzfristigen Abnahmeverträge. "Im Zeitablauf wird sich durch eine Veränderung der Rahmenbedingungen die Zahlungsbereitschaft verändern", sagte Bollerhey. Dies werde dank der

kurzfristigen Verträge zu einer Minimierung des Subventionsbedarfs führen. Zudem entstehen so jährlich viele Preissignale. Aber in Zukunft sind für Bollerhey durchaus auch Auktionen mit längeren Laufzeiten auf der Nachfrageseite ergänzend denkbar. Das Instrument sei flexibel.

Bezüglich der Kapitalausstattung zeigte sich Bollerhey sehr optimistisch, dass die Bundesregierung - wie schon angekündigt - in diesem Jahr weitere 3,5 Mrd. Euro zur Verfügung stellt. Zu den genauen Bedingungen und der Produktgestaltung bei der Verwendung dieses Geldes ist Hintco aktuell in Gesprächen mit dem Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz. Daniel Wragge von der EEX ist überzeugt, dass H2Global einen Ansatz bietet, einen liquiden Markt für Wasserstoff und Derivate zu schaffen. "H2Global ist erst einmal ein grosser Market-Maker", betonte er. Diese Preise könnten dann auch in langfristigen Verträgen genutzt werden. Er hofft, dass die EEX perspektivisch als Plattform das Geschäft von H2Global übernehmen kann. Dies wäre durchaus im Sinne von Bollerhey, der Hintco so schnell wie möglich überflüssig machen will, wenn sich ein Markt entwickelt hat.

Weitere Mittel über andere Förderinstrumente

Ehe Hintco überflüssig wird, sollen die Aktivitäten erst einmal erweitert werden. Sehr wahrscheinlich wird es ein eigenes Ausschreibungsfenster für die niederländische Regierung geben, die für 300 Mio. Euro Wasserstoff oder Derivate über Hintco auktionieren will. Mit der EU-Kommission wird über die Einbindung in die Aktivitäten der europäischen Wasserstoffbank verhandelt. Dazu hatten vor rund zwei Wochen Wirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) und Kadri Simson, die EU-Energiekommissarin, eine Grundsatzvereinbarung erzielt. Es gebe mehrere Ausgestaltungsmöglichkeiten, sagte Bollerhey.



PARTNER





**VERTEILNETZ
FORUM**

verteilnetzforum.ch

20. Juni 2023

Gottlieb Duttweiler
Institute, Rüschiikon

Versorgungssicherheit
Regulierung
Grundversorgung
Netzoptimierung
Energiewende

Auch wenn H2Global als marktorientiertes Instrument besonders gut den Markthochlauf für Wasserstoff und Derivate ermöglicht, könnten - so wurde in dem Gespräch deutlich - durchaus andere, längerfristige Förderinstrumente als Ergänzung sinnvoll sein. Teilweise liessen die sich in das H2Global-Konzept integrieren, ist Bollerhey überzeugt. Der Mittelbedarf sei insgesamt hoch und nur bei einem effizienten Mitteleinsatz könnten diese in ausreichender Höhe zur Verfügung gestellt werden. /hl

E-MOBILITÄT

Pilotprojekt zu freier Anbieterwahl im Ladenetz gestartet

Berlin/Hamburg (energate) - 50 Hertz, Stromnetz Berlin und Lichtblick wollen Ladesäulen für alle Anbieter öffnen. Fahrerinnen und Fahrer von E-Autos sollen künftig im gesamten Ladenetz laden können - aber nach den eigenen Tarifkonditionen. Wie das technisch konkret funktionieren kann, das wollen die drei Unternehmen jetzt gemeinsam mit dem Berliner IT-Start-up Decarbonize herausfinden. Kern des in Deutschland bislang einmaligen Pilotprojektes sei es, die dahinterstehenden IT-Prozesse zu erproben, teilten die Partner mit. Im Blick haben die Partner dabei öffentliche sowie halb-öffentliche Ladesäulen, etwa an Supermärkten. Aktuell werde getestet, wie Lichtblick-Kundinnen und -Kunden an Ladesäulen von dem Betreiber Decarbonize auf dem Gelände von Stromnetz Berlin laden können, erläuterte ein Sprecher von 50 Hertz.

Netzbetreiber brauchen Daten

In Zukunft sollen Nutzerinnen und Nutzer ihren eigenen Anbieter über ihr jeweiliges Abrechnungssystem an jede beliebige Ladesäule mitnehmen können, so das Ziel. Die Strommengen würden über ein sogenanntes virtuelles Bilanzierungsgebiet zugeordnet und über den Bilanzkreis des eigenen Stromanbieters abgerechnet. Von zentraler Bedeutung sei dabei, die Abrechnungsdaten von der Ladesäule bis zu den Netzbetreibern und dem Stromanbieter durchzuleiten. Je genauer die Datengrundlage, desto besser liessen sich die Bilanzkreise führen und umso weniger Regelenergie müssten Übertragungsnetzbetreiber aufwenden, so die Unternehmen.

Lichtblick setzt sich seit Jahren für mehr Wettbewerb an öffentlichen Ladesäulen ein. Der Ökoenergieanbieter wirft den in ihrer Heimatregion oft dominanten Anbietern vor, ihre Ladesäulen nicht für Dritte öffnen zu wollen und zeitgleich hohe Preise für Nicht-Kunden aufzurufen. Auch die Bundesregierung hatte das 2020 kritisiert. Daraufhin leitete das Bundeskartellamt eine Untersuchung ein. Ein Jahr später hat die Bundesnetzagentur neue Netzzugangsregeln für die E-Mobilität aufgelegt. Diese sehen unter anderem vor, dass der Ladepunktbetreiber jeden Ladevorgang exakt bilanzieren und abrechnen kann. /dz

NETZAUSBAU

Amprion, Tennet und 50 Hertz rücken enger zusammen

Berlin (energate) - Erstmals wollen sich drei Übertragungsnetzbetreiber beim Ausbau der Stromtrassen zusammentun. Dazu schlossen 50 Hertz, Transnet BW und Tennet nun eine Vereinbarung. Anlass für den Schritt ist der aktuell diskutierte Netzentwicklungsplan (NEP) 2037/2045. Dieser hat erstmals eine Netzinfrastruktur zum Ziel, die die Klimaneutralität im Blick hat. Dies bedeutet vor allem einen deutlich höheren Strombedarf. So sieht der Plan fünf neue Gleichstromleitungen (HGÜ) vor, erstmals auch eine Ost-West-Verbindung.

Die Bundesnetzagentur soll im Herbst über den Plan entscheiden. Darauf bereiten sich die Betreiber jetzt vor. "Wir haben den NEP zum Anlass für das Memorandum of Understanding genommen, um drei dieser Korridore gemeinsam umzusetzen", erklärt Tim Meyerjürgens, COO von Tennet, im gemeinsamen energate-Gespräch mit Stefan Kapferer, CEO von 50 Hertz, und Werner Götz, Vorsitzender der Geschäftsführung von Transnet BW. Es geht dabei um Trassenvorhaben von Niedersachsen nach Sachsen beziehungsweise Baden-Württemberg sowie von Schleswig-Holstein nach Baden-Württemberg. Die Regelzone von Amprion, dem vierten deutschen Übertragungsnetzbetreiber, ist nicht betroffen.

Schnelle Planungsprozesse

Aktuell ist es so, dass derjenige Übertragungsnetzbetreiber für den Bau einer Trasse zuständig ist, in dessen Versorgungsgebiet diese endet. Das bedeutet, er muss auch in den Gebieten der anderen Netzbetreiber tätig werden und dort etwa Genehmigungsverfahren durchführen. Nun wollen die drei Unternehmen die Abschnitte aufteilen. "Wir kennen die Stakeholder in unseren jeweiligen Regelzonen, nutzen lokale Erfahrungen bei Antragsverfahren und der Bürgerbeteiligung", erklärt Werner Götz die Vorteile.

Das Energiewirtschaftsgesetz sieht die Möglichkeit einer solchen Zusammenarbeit vor. Bei den Trassen Suedlink und Suedostlink arbeiten die Übertragungsnetzbetreiber bereits in unterschiedlichen Konstellationen zusammen. Nun kommen erstmals drei Unternehmen zusammen. "Wenn man schnell sein will, dann braucht es Zusammenarbeit", so Stefan Kapferer. Geplant sei, die Projekte des NEP bis 2037 zu bauen. "Die Wahrscheinlichkeit, dass wir das schaffen, steigt durch die Kooperation merklich an", sagt Kapferer.

HGÜ-Trassen verbinden

Im Blick haben die Unternehmen nicht nur Vorteile bei Planung und Genehmigung, sie wollen auch die Möglichkeiten der HGÜ-Technik erweitern. "Bisher bauen wir nur Punkt-zu-Punkt-Verbindungen, also Autobahnen ohne Abfahrten", erklärt

Tim Meyerjürgens. Auf Dauer sei dies aber nicht sinnvoll. Die Gleichstromleitungen müssten zu einem Netz werden, "wie wir das vom Wechselstrom kennen", so Meyerjürgens.

Der Netzentwicklungsplan bietet dazu eine Möglichkeit, da sich erstmals die HGÜ-Leitungen kreuzen sollen. Die Idee von 50 Hertz, Tennet und Transnet BW ist, diese zu vermaschen. "Dadurch ergeben sich Vorteile, was die Steuerung von Lastflüssen angeht, und wir können die Resilienz erhöhen", so Kapferer. Gibt es etwa ein technisches Problem, muss nicht mehr die gesamte Trasse stillgelegt werden, Strommengen liessen sich an den Knotenpunkten umleiten. Aus Sicht der Netzbetreiber könnten damit auch der Bedarf an Redispatch und damit die Systemkosten insgesamt sinken.

Gemeinsamer Einkauf

Stärker gemeinsam agieren wollen die drei Übertragungsnetzbetreiber bei der Beschaffung von Komponenten wie Kabeln und Transformatoren. Den Herstellern wollen sie dabei etwa mit gemeinsamen technischen Standards die Angebote erleichtern. "Das haben wir in der Vergangenheit bei der Festlegung der Spannungsebene von Gleichstromkabeln auf 525 Kilovolt bereits getan", erklärt Werner Götz. Nun soll es beispielsweise bei der Entwicklung von Gleichstrom-Leistungsschaltern ähnlich aussehen.

Als Nukleus einer deutschen Netz AG, die von verschiedenen Seiten immer wieder gefordert wird, soll die Zusammenarbeit nicht verstanden werden. Trotz des engen Austausches bleibe eine Wettbewerbssituation, betonen die drei Übertragungsnetzbetreiber. Der Bau der vielen Tausend Kilometer an neuen Leitungen liesse sich zudem auf mehreren Schultern verteilt viel besser stemmen als nur von einem.

Das gesamte Interview mit Werner Götz, Stefan Kapferer und Tim Meyerjürgens lesen Sie im heutigen [Add-on Strom](#).

EUROPA

ELEKTROMOBILITÄT

Renault macht Ernst bei Vehicle-2-Grid

München (energate) - In den Markt für sogenannte Vehicle-2-Grid-Anwendungen (V2G) kommt Bewegung. Mit Renault kündigt nun ein erster Autobauer an, Käufern eines E-Autos ab dem kommenden Jahr einen entsprechenden Zusatzservice anzubieten. Die Renault-Mobilitätsmarke Mobilize werde den V2G-Dienst sowie eine dazugehörige bidirektionale Ladestation ab 2024 mit dem Verkaufsstart des neuen Elektromodells Renault 5 in Deutschland und Frankreich einführen, kündigte Renault an. 2025 soll dann Grossbritannien als dritter Markt folgen. Über den Dienst

stellen die E-Auto-Besitzer über eine bidirektionale Lademöglichkeit ihre Fahrzeugbatterie während der Standzeiten dem Energiemarkt zur Verfügung und erhalten dafür je nach Vermarktungserlösen eine finanzielle Entlohnung.

Vermarktungserlöse von 600 Euro möglich

Die Vermarktung der aggregierten Speicherkapazitäten übernimmt dabei im Hintergrund der Dienstleister The Mobility House (TMH), der eine entsprechende Handelsplattform entwickelt hat. "In zahlreichen Pilotprojekten mit unterschiedlichen Automobilpartnern haben wir in den vergangenen Jahren belegt, dass V2G ein funktionierendes Geschäftsmodell darstellt. Jetzt kommt es endlich in den Markt", sagte TMH-Geschäftsführer Marcus Fendt im Gespräch mit energate. Das ebnet aus seiner Sicht auch den Weg für andere Autobauer, mit ähnlichen Diensten nachzuziehen. "Die Erlöse aus V2G werden in Zukunft ein zusätzliches Kaufkriterium für Autokäufer und die Wirtschaftlichkeit der E-Mobilität im Wettbewerb weiter verbessern", zeigte sich Fendt überzeugt.

Der TMH-Geschäftsführer geht auf Basis der Pilotprojekte davon aus, dass für die E-Autofahrer Erlöse von 600 Euro jährlich möglich sind. "Und der ökonomische Wert von Flexibilität wird mit der zunehmenden Volatilität im Markt und den steigenden Spreads weiter zunehmen", blickte Fendt voraus. Möglich wird dies, da die meisten E-Autos lange Standzeiten aufweisen und mit Intraday-Märkten, Regelenergie und sogar OTC-Geschäften verschiedene Vermarktungsoptionen offenstehen. Die EV Aggregation Platform, die TMH entwickelt, berücksichtigt neben dem Nutzungsprofil des E-Autos, das der Besitzer über eine App selbst bestimmen kann, auch die Zyklusfestigkeit der Fahrzeugbatterie, sodass weder Fahrkomfort noch die Lebensdauer der Batterie eingeschränkt werden, verspricht der Tech-Dienstleister.

Bereits seit Jahren werkeln Energie- und Automobilwirtschaft in Forschungsprojekten an V2G-Lösungen. Die Übertragungsnetzbetreiber Tennet und Transnet BW setzen etwa in unterschiedlichen Feldversuchen die aggregierten Speicherkapazitäten von E-Autos zur Stabilisierung des Stromnetzes ein. Bis zur Marktreife hat es allerdings aufgrund der hohen Komplexität der Materie noch keine Lösung geschafft.

Aus Sicht des TMH-Vertriebschefs Fendt wird dabei die Rolle, die V2G im Energiesystem der Zukunft einnehmen kann, bislang kategorisch unterschätzt. "Fast alle Studien, die sich mit Flexibilitäten auseinandersetzen, berücksichtigen den tatsächlichen Wert von bidirektionalem Laden bedingt", beklagte er und rechnete vor: Wenn 2030 sämtliche Elektroautos im Markt bidirektional ladefähig sind, entspreche das einem Pool an Flexibilität, der die siebzehnfache Menge der deutschen Pumpspeicherkraftwerke aufweist. Auch unter Kostenaspekten schlägt V2G aus Sicht von The Mobility House die meisten anderen Flexibilitätsoptionen, denn: "Mit dem Kauf des E-Fahrzeugs ist die Batterie bereits bezahlt und muss nicht zusätzlich errichtet werden."

Eine letzte regulatorische Hürde muss aus Sicht von Fendt aber noch aus dem Markt geräumt werden. "Damit V2G sein vollständiges Potenzial entfalten kann, muss die Doppelbelastung von mobilen Speichern noch entfallen, wie es für stationäre Speicher bereits seit 2019 geschehen ist", sagte er. Die Bundesregierung hat in ihrem Masterplan Ladeinfrastruktur das Thema bereits erkannt. Bis Ende des zweiten Quartals soll das Bundeswirtschaftsministerium eine Lösung erarbeiten. Beobachter wie Fendt gehen aber davon aus, dass das Thema zuletzt in der Prioritätenliste des Ministeriums weiter nach hinten gerutscht ist und eine Lösung noch länger auf sich warten lassen wird. /rb

"REPOWEREU"

Iberdrola: Milliardeninvestition in Europas Energiewende

Madrid (energate) - Mit einem milliardenschweren Darlehen der Europäischen Investitionsbank EIB im Rücken nimmt die spanische Iberdrola in den kommenden zwei Jahren reichlich Geld für die Energiewende in Europa in die Hand. Das Darlehen, im Umfang von 1 Mrd. Euro, das die Bank dem spanischen Konzern gewährt, soll in 22 Wind- und Solarparks mit zusammen 2.200 MW fließen, teilte Iberdrola mit. Die Finanzspritze steht in Zusammenhang mit dem EU-Programm "RepowerEU". Zusammen mit dem Darlehen will Iberdrola insgesamt 1,7 Mrd. Euro in diese Vorhaben investieren. Es geht um 19 Solaranlagen und drei Onshore-Windparks, die zum Teil in Spanien, Portugal und auch Deutschland entstehen sollen. Zum Teil handele es sich um Hybridkraftwerke in Kombination mit industriellen Grossspeichern, hiess es.

Iberdrola ist aktuell im Begriff, verstärkt auch den deutschen Markt zu erschliessen. Ein Ansatzpunkt der Spanier ist die Offshore-Windkraft. Auch in diesem Zusammenhang steht das Unternehmen aktuell auch jenseits der EIB-Finanzierung inmitten einer Investitionsoffensive. Bis 2025 will der Konzern weltweit insgesamt 47 Mrd. Euro in den Zubau von Erneuerbaren und den Netzausbau stecken. 27 Mrd. Euro dieses Budgets sind Stromnetzinvestitionen vorbehalten, 17 Mrd. Euro PV- und Windkraftvorhaben. Dabei will Iberdrola 46 Prozent von Letzterem, also knapp 7,8 Mrd. Euro, für den Bau von Offshore-Windparks in Deutschland, Frankreich und Grossbritannien aufwenden. Die übrigen 54 Prozent sollen dem Bau von Onshore-Windparks und PV-Anlagen zugutekommen. /pa

WIDERRUFSVERFAHREN

Opal Gastransport will keine Ausnahme vom regulierten Netzzugang mehr

Bonn (energate) - Die Ausnahme vom regulierten Netzzugang für die Opal wird beendet. Auf Antrag des Betreibers, Opal Gastransport, hat die zuständige Beschlusskammer (BK) 7 der Bundesnetzagentur ein Verfahren zum Widerruf der Ausnahme eingeleitet. Dies hat die BK 7 auf ihrer Internet-

seite veröffentlicht. Opal Gastransport gehört zu 49,98 Prozent der Sefe und zu 50,02 Prozent Wintershall Dea.

Seit dem 7. Juli 2009 gilt für die Opal eine Ausnahme vom regulierten Netzzugang. Für Gazprom Export und verbundene Unternehmen war die Ausnahme auf 50 Prozent der technisch verfügbaren Ausspeisekapazität an der tschechischen Grenze beschränkt. Die Pipeline verbindet den Anlandepunkt der Nord Stream in Greifswald mit dem deutsch-tschechischen Grenzübergangspunkt Brandov. Die Kapazität der Pipeline beträgt im nördlichen Abschnitt bis zur Verdichterstation Gross Köris (Brandenburg) 36,5 Mrd. Kubikmeter im Jahr und im südlichen Abschnitt ab Gross Köris 32 Mrd. Kubikmeter. In Vergleichsverhandlungen mit der Bundesnetzagentur hatte Gazprom Export eine Erweiterung der Ausnahme auf 100 Prozent der Kapazität in einem zweiten Anlauf im Mai 2016 erreicht. Im September 2019 aber hatte der Europäische Gerichtshof (EuGH) die Zustimmung der EU-Kommission zu diesem Vergleich aufgrund einer Klage der Republik Polen für nichtig erklärt. Seitdem gilt wieder die alte Regelung aus dem Jahr 2009.

Seit August 2022 kein Gas aus Russland

Seit dem 31. August 2022 ist in Greifswald keine Einspeisung mehr in die Opal erfolgt. Seit dem Tag fliesst kein Erdgas mehr durch die Nord-Stream-Pipeline. Die Opal kann aber genutzt werden, um Mengen aus dem LNG-Terminal in Lubmin und dem geplanten Terminal in Mukran in Richtung tschechische Grenze zu transportieren. Zudem wird über die Nord-Stream-Anbindungsleitung NEL derzeit Gas aus dem Westen in Richtung Greifswald transportiert und dann weiter Richtung tschechische Grenze. Ursprünglich floss durch NEL russisches Gas von Greifswald in Richtung Westen.

Zumindest ein Strang der Opal könnte auch auf den Transport von Wasserstoff umgestellt werden. Von Greifswald steht als zweite Leitung bis zur tschechischen Grenze die Eugal zur Verfügung. Sie wurde zur Ableitung von Nord-Stream-2-Mengen gebaut. Sie ist nicht vom regulierten Netzzugang ausgenommen. Am Grenzübergangspunkt Brandov fließen gemäss Cascade-Daten rund 300 GWh/Tag in Richtung Tschechien, rund 25 Prozent der Kapazität von Opal und Eugal. Welche Leitung genutzt wird, lässt sich an dem virtuellen Verbindungspunkt nicht erkennen.

Versorgungslage hat sich stark verändert

Opal Gastransport kommentierte den Antrag auf Widerruf auf energate-Anfrage: "Die Gasversorgungslage in Deutschland und Europa hat sich seit Beginn des Kriegs in der Ukraine stark verändert. Die Lieferquellen haben sich bereits diversifiziert und werden sich perspektivisch - auch mit Blick auf neue Energieträger - weiter diversifizieren. Das hat Auswirkungen auf Flussrichtungen und Engpassituationen der Gasinfrastruktur im Allgemeinen."

Neben Opal Gastransport ist die Uniper-Tochtergesellschaft Lubmin-Brandov Gastransport mit 20 Prozent an der Pipeline beteiligt. Diese Beteiligung muss Uniper verkaufen. Dies war eine der EU-Auflagen zur Genehmigung der Beihilfen zur Stabilisierung des Unternehmens. /hl

ABSICHTSERKLÄRUNG

Gasunie und Iberdrola vereinbaren Wasserstoffkorridor

Groningen (energate) - Iberdrola will grünes Ammoniak in die Niederlande exportieren. Dafür hat das spanische Energieunternehmen eine Absichtserklärung mit der niederländischen Gasunie-Tochter Hynetwork Services und ACE Terminal unterzeichnet, teilte Gasunie mit. Das Ammoniak soll über das geplante ACE-Terminal im Rotterdamer Hafen geliefert und als grüner Wasserstoff über das Netz von Hynetwork Services weiter zu Kunden in Europa geliefert werden.

Iberdrola sei nach Cepsa schon das zweite spanische Unternehmen, mit dem eine Zusammenarbeit vereinbart wurde, um einen Wasserstoffkorridor zwischen Nord- und Südeuropa zu schaffen, heisst es von Gasunie. Das nationale Wasserstoffnetz von Hynetwork Services verbindet Industrieregionen in den Niederlanden und den umliegenden Ländern, wie Deutschland und Belgien. Über das Hyperlink-Projekt von Gasunie reicht die Pipelineversorgung mit Wasserstoff künftig bis nach Dänemark.

Grosse Ambitionen beim Wasserstoff

"Die Niederlande sind beim Thema Wasserstoff in einer einmaligen Position, um zum Tor nach Nordwesteuropa zu werden", erklärte Gasunie-Vorstand Ulco Vermeulen bei der Unterzeichnung der Absichtserklärung. Und der niederländische Energie- und Klimaminister Rob Jetten bekräftigte: "Um ein klimaneutrales Energiesystem und eine nachhaltige Industrie zu erreichen, haben die Niederlande und Europa grosse Ambitionen in Bezug auf Wasserstoff." /tc

Weitere Nachrichten und
Marktdaten online unter
www.energate-messenger.ch.

Einfach einloggen und
weiterlesen.

ener|gate
messenger.ch

täglich.
aktuell.
informiert.